

2. Lesung des Haushalts 2012 am 21. November 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
Sehr geehrte Bürgermeister
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats
sehr geehrte interessierte Esslinger Bürgerinnen und Bürger

Wie Balsam auf die städtischen Wunden klangen die Ausführungen unseres Finanzbürgermeisters Schiebel bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2012 in meinen Ohren „Wir müssen die Einnahmen erhöhen“. Und ich hoffe, dass diese Aussage nicht mit Blick auf die Gesamtbevölkerung gemünzt war, sondern auf die Teile unseres Gemeinwesens, für die ein Monat im Verhältnis zum Einkommen nicht zu lange dauert.

Ich wiederhole in diesem Zusammenhang meine abgeschmetterten Anträge der letzten beiden Jahre. Dabei unterstützt DIE LINKE den Vorschlag der Verwaltung, die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen mit einem Antrag.

DIE LINKE unterstützt die Verwaltung mit dem Antrag auf Erhöhung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer auf 420 Punkte.

Als weitere Einnahmenquellen beantragt DIE LINKE: die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für die Realisierung einer „Auto-Maut“ für Esslinger Autobesitzer zu erstellen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine rechtliche und organisatorische Konzeption für eine 6%ige „Hotelabgabe“ zu erstellen.

Und jetzt gebe ich der Verwaltung auf dem Wege der Haushaltskonsolidierungen noch eine anspruchsvolle Aufgabe für die kommenden Jahre:

Bisher erhalten nur die privaten Banken Hunderte von Milliarden von der EZB für weniger als 1% Zinsen. Diese verleihen sie dann für einen mehrfach höheren Zins, den angeblich die „Märkte“ bestimmen, auch an Staaten. Früher hieß dies „Wucher“. Falls doch einmal Rückzahlungen ausfallen sollten, springt der Staat mit unserem Geld ein. Allein in den letzten drei Jahren sind die Staatsschulden der Bundesrepublik um 300 Milliarden gewachsen, durch diese, durch die Diktatur der Finanzmärkte bestimmte Politik (offizielle Angaben der Bundesregierung). Gewinne fließen an die eh schon Reichen; Verluste werden sozialisiert.

Das heutige Banken- und Finanzsystem ist derart aufgebaut, dass es zu privatem Reichtum einer kleinen Minderheit (den z. Zt. häufig zitierten 1% der Menschen) und zu öffentlicher Armut führt; sie führt zu millionenfacher Arbeitslosigkeit bis hin zum Hungertod – vor allem in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Ohne dass wir ein anderes Geldsystem errichten in der Welt, werden wir die gegenwärtigen Probleme nicht lösen können. Wir sind verpflichtet, eine andere Finanzwelt zu errichten, eine demokratische Finanzwelt.

Der Vorschlag DER LINKEN ist der, dass wir die Staaten und die öffentliche Hand insgesamt von der Finanzmafia abkoppeln müssen. Wir müssen dazu kommen, dass die Kredite an die Staaten direkt von der Europäischen Zentralbank vergeben werden. Und dass diese Kredite an die öffentliche Hand – d.h. auch an die Kommunen, an die Stadtkämmerei, weitergegeben werden, damit wir die erdrückende Schuldenlast ablösen und die eingesparten Mittel für sinnvolle Investitionen für die Gemeinschaft und für Schuldentilgung einsetzen können.

**DIE LINKE beantragt
dass sich Gemeinderat, Verwaltung und Oberbürgermeister in
allen Gremien, denen sie angehören, für eine solche
systemwendende, demokratische Finanzpolitik einsetzen und sie
durchzusetzen versuchen.**

Hier, Herr Oberbürgermeister, haben Sie ein breites Handlungsfeld für die Esslinger Bevölkerung, anstatt sich in Werbeaktionen der „Nein-Sager“ zum Ausstieg von „S21“ zu verschleißen. Dann laufen sie auch nicht Gefahr, Unwahrheiten zu kolportieren, dass die „Ja-Sager“ zum Ausstieg aus „S21“ eine Überbrückung der Pliensauvorstadt befürworten würden. Die „K21“ Befürworter haben dieser sogenannten Planungsalternative nie etwas abgerungen.

Im Übrigen wiederhole ich mich in diesem Zusammenhang gerne: „Wer a sagt, der muss nicht b sagen. Er kann auch erkennen, dass b falsch ist“ sagt der Knabe am Ende des zweiten Stücks von Bertolt Brechts „Der Jasager/Der Neinsager“ (1930).

Jetzt regt sich im Landkreis was in der Diskussion um „S21“, frei nach dem Motto „Heiliger St Florian...“. Wo soll denn der ganze Abraum von „S21“ hin?

Der im Jahre 2011 geänderte Planfeststellungsbeschluss vermerkt auf Seite 21 die „Zwischenlagerung in den Deponien Weißer Stein und Blumentobel im Landkreis Esslingen (Kapazität ca. 4 Mio. m³); es ist vorgesehen, die für die Wiederverfüllung der Zwischenanriffe benötigten Aushubmassen in Höhe von 107.000 m³ über die Straße dorthin zu transportieren und zwischen zu lagern“.

Als Wahrer der Esslinger Interessen, fordere ich Sie, Herr Oberbürgermeister, auf, nicht nur ein gefühltes Nein zu sagen, sondern zu einer Klage gegen den Abraumdeck auf Esslinger Gebiet und den Transport über Esslinger Straßen.

Das Esslinger Tierheim steht kurz vor der Insolvenz und ruft nach mehr finanzieller und städtischer Unterstützung. Der Verlust der für Esslingen immens wichtigen Arbeit dieses Vereins lässt sich am deutlichsten in einem Horrorszenarium bebildern:

Streunende Hunde und Katzen auf dem von vielen Touristen besuchten Weihnachtsmarkt. Im überfüllten Foyer der EST bringen verängstigte Familien ihre Rote Wurst in Sicherheit und just in diesem Augenblick schlabbert ein Leguan das Glas unseres Finanzbürgermeisters Schiebel aus. Zwergkaninchen hoppeln zutraulich über Tische der Verwaltung und hinterlassen Spuren. In Schwierigkeiten geraten auch die „Nein-Sager“ zum Ausstieg von „S21“: ein tierliebender LKW-Fahrer, der mit Abraummateriale von „S21“ über die Schorndorfer Straße zur Deponie unterwegs ist, weigert sich, weiter zu fahren, weil sich eine Schildkröten-Großfamilie auf der Straße eingerichtet hat.

Noch können wir dieses Horrorszenarium verhindern. Der Hinweis auf die Stadt Reutlingen sei hier erlaubt. Dort erhält das Tierheim 80 Cent pro Einwohner, in Stadt und Landkreis Esslingen sind dies 31 Cent.

**DIE LINKE stellt den Antrag
ausreichende Finanzmittel für das Esslinger Tierheim bereit zu
stellen, damit diese Arbeit fortgesetzt werden kann.**

Und noch ein Horrorszenarium: Das Licht geht aus auf unseren Wegen! „Das Licht bleibt an!“ fordern betroffene Bewohner und Bürgerschaftsräte. Ich werte den Einsparungsvorschlag der Verwaltung als phantasielosen Versuch zu sparen. Solche Vorschläge gab es vor Jahren bereits im Bereich der Kehrordnung und der Schließung eines Freibads. Ich habe manchmal den Eindruck, da guckt man über den städtischen Tellerrand, danach was anderswo gemacht und übernimmt es dann in den Konsolidierungsentwurf der Stadt Esslingen.

**DIE LINKE fordert
die Beleuchtung der ins Auge gefassten Abschaltungen bleibt
erhalten und die erwähnten Wege Instand zu halten**

Seit Bestehen der Bundesrepublik wird über Sinn bzw. Unsinn des Dreigliedrigen Schulsystems diskutiert. Baden-Württemberg hat an dieser Dreigliedrigkeit zäh festgehalten. Aufgrund u. a. der demographischen Entwicklung aber scheint sich auch auf konservativer Seite etwas zu bewegen. DIE LINKE begrüßt, dass unsere seit Jahren bestehende Forderung nach einer Gemeinschaftsschule in die Nähe der Realisierung gerückt ist.

**DIE LINKE beantragt
eine zügige Behandlung der Gemeinschaftsschule durch die
Verwaltung und die Aufstellung eines Kosten- und
Finanzierungsplans des neuen Schultyps.**

Im kulturellen Bereich darf nichts gekürzt werden. Ausgebaut werden muss m. E. der Bereich der „Kulturellen Eigengewächse“ sowie deren Schutz und Förderung

**DIE LINKE beantragt
das Kulturreferat erstellt eine Konzeption, in der räumliche und
finanzielle Ausstattungen dargelegt werden, Esslinger
Kulturinitiativen in den Bereichen Musik, Theater und Bildender
Kunst zu fördern**

Zum Schluss dieses Punktes geht mein Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss, des gesamten Gemeinderats; an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Esslinger Kulturreferats und des Amtes für Sozialwesen, die dem Antrag DER LINKEN auf den „ESSLINGER KULTURPASS“ gefolgt sind. Ab 1. Januar 2012 können alle Menschen in Esslingen an der Esslinger Kultur teilnehmen.

Tief erschüttert hat uns alle die ans Licht getretene Spitze des Eisberges neofaschistischer Präsenz und Gewalt. Große Lippenbekenntnisse reduzieren die Gefahren des Neofaschismus zu Schlagzeilen in den Medien. Die in langer antifaschistischer Tradition stehende LINKE stellt deshalb den Antrag

die Verwaltung erarbeitet in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ein Konzept und stellt finanzielle Mittel bereit, in Esslingen langfristig Präventionsmaßnahmen gegen Neofaschismus durchzuführen.

In diesem Zusammenhang verzichtet die Verwaltung auf Kosten für Plakatierung von politisch-meinungsbildende Veranstaltungen gegen den Neofaschismus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Werner Bolzhauser